HC PLAMBECK / DER SPIEGEL

BODO MARKS / DPA

Politiker Trittin, Habeck: *Die Grünen haben es nicht geschafft, ihre Wähler auf neue Bündnisse vorzubereiten*

GRÜNE

Strategisch gefangen

Weil die Grünen auf die SPD als Partner fixiert sind, müssen sie womöglich 2013 in der Opposition bleiben. Ihren Wählern wäre das lieber als Schwarz-Grün.

Zu den Sitzungen der Grünen-Fraktion bringt die Abgeordnete Marieluise Beck neuerdings wieder ihr Strickzeug mit. Es ist eine ironische Erinnerung an die Anfangszeiten ihrer Partei, als strickende Frauen das Bild der Grünen prägten. Auch bei der Klausurtagung in Hannover am vergangenen Mittwoch saß sie mit ihrem Traditionsbesteck am Tisch. Doch Beck will nicht nur die Vergangenheit aufleben lassen – sie sorgt sich vor allem um die Zukunft.

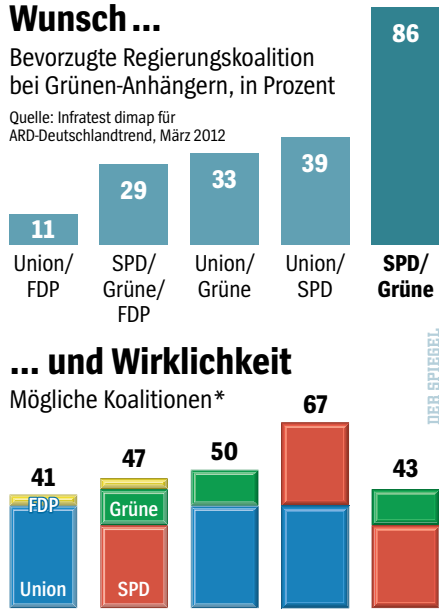
An den Fraktionschef Jürgen Trittin gewendet, beklagte sie in Hannover die mangelnden Chancen der Partei, nach der Bundestagswahl 2013 an einer Regierung mitzuwirken. Beck warnte davor, sich allein auf die SPD zu fokussieren und „die schwarz-grüne Option“ kategorisch auszuschließen. Trittin wischte die Sorgen beiseite: „Welche Option?“, fragte er zurück. Eine Koalition mit der Union komme nicht in Betracht, nicht zuletzt wegen der Anti-Europa-Tiraden der CSU.

Keiner widersprach, die Debatte über Schwarz-Grün war mal wieder im Keim erstickt, und so verbrachten die Grünen den Rest ihrer Klausur mit ausgiebigen Diskussionen über Massentierhaltung oder die Zukunft des Autos. Nur draußen an den Kaffeetischen klagten Vertreter von Linken und Realos über ihr größtes Problem, das grüne Dilemma.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl ist die Partei so festgelegt auf die SPD wie seit den Zeiten von Gerhard Schröder und Joschka Fischer nicht mehr. Doch gleichzeitig wächst in ihren Reihen der berechtigte Zweifel, dass dies noch eine realistische Machtoption ist. In den Umfragen ist der Vorsprung von Rot-Grün verschwunden, dazu könnten Linke und Piraten Stimmen und Mandate rauben.

Doch die Grünen schauen einigermaßen hilflos zu, wie die strategische Falle langsam zuschnappt. Trotz sieben Jahren Opposition und trotz des Zustroms von 15 000 neuen Mitgliedern in den vergangenen Jahren haben sie es nicht geschafft, ihr Programm und ihre Wähler auf neue Bündnisse vorzubereiten. Ihre Anhänger wollen nur das eine: Rot-Grün.

Vorvergangene Woche war es der Meinungsforscher Richard Hilmer, der dem Grünen-Führungszirkel die unbequeme Wahrheit vor Augen führte. Der Parteirat traf sich zur Klausur in Potsdam, und Hilmers Befund war ernüchternd. 86 Prozent der Grünen-Anhänger befürworten demnach eine Koalition mit der SPD, dagegen lehnen jeweils zwei Drittel ein Bündnis mit der Union oder eine Ampel unter Einschluss der FDP ab. Selbst eine Große Koalition, bei der die Grünen in der Opposition blieben, fänden ihre Wähler attraktiver als Bündnisse, die die bürgerlichen Parteien einschließen. Ihre Wähler verorteten sich klar links auf dem gesellschaftlichen Spektrum, so Hilmer. Noch weiter links als die Anhänger der SPD.



* laut Sonntagsfrage; Quelle: Infratest dimap für ARD-Deutschlandtrend vom 3. bis 5. September; 1503 Befragte; Angaben in Prozent

Angesichts solcher Zahlen äußern sich nur noch wenige Kritiker zu der einseitigen Bindung an die SPD. Fraktionsvize Kerstin Andreae erweitert die rot-grüne Rhetorik immerhin um einen Nachsatz. „Wir wollen regieren, am liebsten mit der SPD“, sagt sie, aber: „Regieren ist besser als Opposition.“ Doch solche Botschaften verhallen, wenn die eigenen Wähler ihre Partei lieber in der Opposition sähen als am Kabinettstisch mit Angela Merkel.

Den Unwillen der eigenen Wähler hat im Frühjahr auch Robert Habeck zu spüren bekommen. Monatelang hatte der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat bei der Landtagswahl beteuert, er lege sich nicht fest, ob er mit der SPD oder mit der CDU koaliere. Habeck wollte beweisen, dass man das Lagerdenken überwinden könne.

Im Februar landete dann eine alarmierende Studie des Instituts tns Infratest auf seinem Schreibtisch. Demnach wünschten 93 Prozent der Grünen-Anhänger im Norden eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD. Würde die Partei sich aber der CDU zuwenden, drohten 42 Prozent mit Stimmentzug.

Habeck zog die Notbremse. Die CDU war ihm mit einem Mal zu unmodern. „Erster Ansprechpartner“, sagte er plötzlich mit Entschiedenheit, „ist die SPD.“ Die Wähler belohnten seinen Schwenk. Heute regieren seine Grünen in Kiel mit, Habeck firmiert als stellvertretender Ministerpräsident.

Unter dem Druck der Wählerbasis haben auch auf der Bundesebene prominente Befürworter einer Öffnung zur Union die Waffen gestreckt.

Als Erste kippte Renate Künast. Um Regierende Bürgermeisterin von Berlin

zu werden, hatte sie voriges Jahr mit einem schwarz-grünen Bündnis gegen die SPD geliebäugelt. Als sie damit gescheitert war, verkündete sie im SPIEGEL den abrupten Kurswechsel: Die Wähler der Grünen wollten „150 Prozent Klarheit“ in Koalitionsfragen, deshalb müsse man die schwarz-grüne Option „zumachen“.

Mit ihrer Botschaft, sie habe die Lektionen des verpatzten Wahlkampfs verstanden, zog sie im Frühjahr durch die Berliner Kreisverbände und warb um Versöhnung. Als wiedergeborene Befürworterin von Rot-Grün hat sie nun sogar Chancen, bei der Urwahl Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl zu werden.

Als Nächster rollte Parteichef Cem Özdemir die schwarz-grüne Fahne ein. „Unsere Aussagen bis 2013 sind klar und unverrückbar: Wir setzen auf Grün und Rot“, versprach er im April in der „Welt“. Jahrelang hatte der Realo als Repräsentant einer schwarz-grünen Zukunft gegolten. Noch im Februar hatte er sich darüber mit Trittin heftig gestritten.

Doch im Frühjahr hatte Özdemir dringendere Sorgen. Verzweifelt suchte er im Realo-Lager nach einer Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl. Ein innerparteilicher Kampf um die schwarz-grüne Option erschien Özdemir aussichtslos.

Auch seine Wunschkandidatin für die Wahlkampfspitze, Katrin Göring-Eckardt, mag sich nicht für eine Lockerung der grünen Koalitionsaussagen verkämpfen. Die 46-Jährige gilt im parteiinternen Wahlkampf um die Spitzenkandidatur als Außenseiterin. Sie möchte den Platzhirschen Trittin, Künast und Parteichefin Claudia Roth keine Angriffsfläche bieten.

Im Jahr 2005 hatte Göring-Eckardt noch verkündet, dass sich die klassischen Lager im Fünfparteiensystem aufgelöst hätten: „Die Grünen können nicht mehr nur mit der SPD.“ Heute sagt sie: „Schwarz-Grün ist für 2013 im Bund nicht zu machen.“

So spricht nichts dafür, dass die Grünen sich aus eigener Kraft aus der strategischen Falle befreien. Sie können nur noch für Rot-Grün kämpfen, nach dem Motto: Augen zu und durch.

Schrittzahl und Richtung bei diesem Marsch ins Ungewisse gibt Fraktionschef Trittin vor. Er hat die Abkehr von der schwarz-grünen Option auch inhaltlich fundiert. Das grüne Programm sieht dank Trittin massive Steuererhöhungen vor, die die Union vermutlich nie akzeptieren würde. Am Thema Steuern und Gerechtigkeit, da ist Trittin sicher, würde ein Bündnis scheitern.

Zweifel blendet der Grünen-Boss aus, bis zur Wahl im nächsten Herbst setzt er auf Durchhalteparolen: „Wir haben eine realistische Siegchance“, sagte er vergangene Woche im „Hamburger Abendblatt“ trotzig. „Die kann mir keiner ausreden.“

Ralf Beste

UNION

Unbeirrt rabiat

Mit ihrer Warnung vor einer Rentenapokalypse hat sich Ursula von der Leyen isoliert. Doch die Arbeitsministerin will nicht einlenken. Eher würde sie zurücktreten.

Als Ursula von der Leyen vergangenen Mittwoch leicht verspätet ins Kabinettsfrühstück mit der Kanzlerin platzte, merkte sie schnell, dass die Sitzung nicht angenehm werden würde. „Wir hatten schon gedacht, du seiest zurückgetreten“, rief ihr ein Minister entgegen, als die Tür sich öffnete.

Eigentlich sollen bei diesem Frühstück Konflikte entschärft werden, doch davon konnte jetzt keine Rede sein. Die Luft war bleihaltig, die Minister von CDU und CSU erzählten später von einem Disput, der in dieser Schärfe historisch war.

„Bis zum Wochenende habe ich noch gedacht, das ist eine gute Sache“, sagte Merkel über von der Leyens Projekt, die Zuschussrente für Geringverdiener. „Aber je besser ich die Zahlen kenne, desto stärker wachsen meine Zweifel.“

Jeder andere im Kabinett hätte Merkels Rüge still geschluckt, nicht so von der Leyen. Sie bot der Kanzlerin die Stirn. „Meine Zahlen stimmen.“

Ihre Botschaft an diesem Morgen war klar: Sie sei nicht bereit, ihre Idee einer Zuschussrente aufzugeben (siehe Seite 80). Sie werde nicht schweigen, nur um des lieben Friedens willen. Und so befindet sich die Union inmitten eines Machtkampfs, wie sie ihn lange nicht erlebt hat: Die heimliche Nummer zwei der Partei widerspricht der Nummer eins – und will sich partout nicht unterordnen.

Es ist das Duell zweier Frauen, die lange dasselbe Ziel einte. Für Merkels Projekt, die CDU zu modernisieren, war von der Leyen ihre wichtigste Ministerin. Merkel hatte die Macht und von der Leyen Leidenschaft, rhetorisches Geschick – und sieben Kinder. Doch spätestens seit die Kanzlerin ihre Ministerin 2010 als Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin fallenließ, ist die Beziehung erkaltet. Von der Leyen hat sich von ihrer Chefin emanzipiert, sie akzeptiert Merkels Führungsanspruch, aber sie scheut nicht den Konflikt. Das wurde der Kanzlerin spätestens klar, als sie mit von der Leyen nach dem Kabinettsfrühstück ein zweites Mal sprach, diesmal unter vier Augen.

Unbeirrt verweist die Ministerin auf den Koalitionsvertrag. Darin werde der Kampf gegen die Altersarmut versprochen. „Bis Ende Oktober“, sagt sie bei jeder Gelegenheit, wolle sie daher „eine Richtungsentscheidung“. Ihre Botschaft an Merkel und die Partei ist deutlich: Sie müsse nicht um jeden Preis Ministerin bleiben.

Unbeirrt rabiat tritt von der Leyen im Rentenstreit seit Wochen auf. Anfang August hatten die Experten der Deutschen Rentenversicherung ihr Urteil über von der Leyens Gesetzesentwurf an das Ministerium geschickt. Es war ein 34-seitiger Verriss. Die Zuschussrente sei „in ihrer Zielsetzung unklar, in ihren Auswirkungen nicht zielgenau und hinsichtlich der Finanzierung nicht systemgerecht“. Von der Leyen war das egal.

Im CDU-Präsidium, dem obersten Führungszirkel der Partei, versuchte es dann vor zwei Wochen der Chef der Jungen Union. Er sei gegen jede Ausweitung von

CDU-Kontrahentinnen von der Leyen, Merkel: